

Heike Holbig

Reformanlauf ins neue Jahrhundert - Offizielle und inoffizielle Agenda der 5. Plenartagung des XV. ZK

Die Routine der ZK-Plenartagungen - der Rede wert?

Die jährlich im Herbst stattfindenden Plenartagungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas weisen in ihrer Außenwirkung gewisse Parallelen mit den Gipfeltreffen des Europäischen Rats auf: Wie bei diesen versammeln sich hochrangige staatliche Vertreter - dort die europäischen Staats- und Regierungschefs und ihre Außenminister, hier die wichtigsten Vertreter parteistaatlicher, regionaler und militärischer Interessen - unter Ausschluss der Öffentlichkeit in einer informellen Atmosphäre, um anstehende politische Fragen zu diskutieren und Entscheidungen von zum Teil großer Tragweite zu treffen. Wie bei diesen wird die Agenda im Vorfeld und während der Tagung mit äußerster Zurückhaltung behandelt, und wie bei diesen bieten das Schlusskommuniqué und die Stellungnahmen autorisierter Sprecher die einzigen offiziell zugänglichen Informationen über die Tagungsinhalte. Wie bei den Gipfeltreffen des Europäischen Rats schließlich scheint es diese Mischung aus Geheimhaltungsatmosphäre und auf ein Mindestmaß reduzierter, „geglätteter“ Außendarstellung zu sein, die regelmäßig zu einer stereotypen Bewertung der Sitzungen als „enttäuschend“ führt: Zum wiederholten Male seien die gleichen leeren Phrasen beschworen worden, ohne dass man in wichtigen Fragen programmatische Durchbrüche erzielt hätte; die gesteckten Ziele seien wirklichkeitsfern und unverbindlich, die eigentlich interessanten Debatten hingegen seien „hinter verschlossenen Türen“ geführt worden und somit von obskurem Charakter.

Entgegen dieser in der Medienberichterstattung häufig anzutreffenden Bewertung der ZK-Plenartagungen als undurchsichtig, inhaltsleer, weitgehend folgenlos und damit kaum des Berichtens wert scheint es aber doch sinnvoll, diese jährlichen Treffen als signifikante Ereignisse im Prozess der politischen Entscheidungsfindung der VR China ernst zu nehmen. Denn zum einen bieten die „geglätteten“ offiziellen Dokumente Hinweise auf neue Formulierungen oder verschobene Akzente, die durchaus politische

und ideologische Neubewertungen signalisieren und für das weitere praktische Handeln der parteistaatlichen Führung richtungweisende Vorgaben enthalten können. Auch kann die „negative Agenda“, also das, was offiziell nicht behandelt wird, interessante Aufschlüsse über die politische Befindlichkeit geben. Zum anderen können die inoffiziellen Inhalte der Plenartagungen, wie sie vor allem von Hongkonger Zeitschriften - Beijing-freundlicher ebenso wie Beijing-kritischer Orientierung - berichtet bzw. kolportiert werden, Einblick in das „Innenleben“ der parteistaatlichen Führung gewähren. Wenn die Hongkonger Berichterstattung über die Ereignisse „hinter den Kulissen“ auch mit Vorsicht zu genießen ist, schärft sie doch den Blick für die offiziell behandelten Fragen.

Die fünfte Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KPCh fand in diesem Jahr vom 9. bis 11. Oktober statt; der Sitzungszeitraum von drei Tagen entsprach dem Durchschnitt der letzten Jahre. Tagungsort war das für informelle hochrangige Sitzungen ausgestattete Jingxi-Hotel im Westen des Beijinger Stadtzentrums. Stimmberichtigte Teilnehmer an der Plenartagung waren 183 Vollmitglieder und 144 Kandidaten des Zentralkomitees; ohne Stimmberechtigung nahmen ferner hochrangige Vertreter der Disziplinarkontrollkommission und andere Parteivertreter teil.¹

Im Mittelpunkt der Plenartagung stand ein Entwurf des Zehnten Fünfjahresplans für die Jahre 2001 bis 2005, der am 18. Oktober in Gestalt eines überarbeiteten offiziellen „Vorschlags der Kommunistischen Partei Chinas für die Formulierung des Zehnten Fünfjahresplanes für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung“ der Öffentlichkeit vorgelegt wurde. Offizieller Gegenstand der Tagung waren außerdem einige personelle Entscheidungen minderen Ranges (Ernennung der bisherigen ZK-Kandidaten Yue Haiyan, Huang Zhiqian und Wang Zhengfu zu Vollmitgliedern des ZK, Suspendierung der ZK-Kandidatur Xu Penghangs für zwei Jahre wegen Korruption).² Äußerst kontroverse Debatten über die zukünftige Besetzung der höchsten politischen Ämter der VR Chinas sollen hingegen „hinter den Kulissen“ geführt worden sein. Hongkonger Berichten zufolge war insbesondere eine Verhärtung der Auseinandersetzung über die Nachfolge Jiang Zemin im Amt des Partei-Generalsekretärs Anlass für eine Verschiebung der Tagung, die ursprünglich für September anberaumt worden war.³ Inoffizielle Diskussionsgegenstände sollen ferner die Kanonisierung einer „Jiang-Zemin-Theorie“ sowie der Machtwechsel in Belgrad gewesen sein, der sich wenige Tage zuvor ereignet hatte.

Die offizielle Agenda: Der Zehnte Fünfjahresplan

Der Entwurf des Zehnten Fünfjahresplans für die Jahre 2001 bis 2005 wurde nach traditionellem Prozedere dem Plenum des Zentralkomitees zur Diskussion und „Absegnung“ vorgelegt, nachdem er bereits eine zweijährige Konzipierungsphase durchlaufen hatte. In dieser Phase hat-

¹XNA, 11.10.00; AWSJ, 12.10.00; FT, 12., 13.10.00; NZZ, 13.10.00.

²XNA, 12., 18.10.00; SCMP, 12.10.00.

³Vgl. C.a., 2000/9, Ü 14; SCMP, 30.9.00.

te die Staatliche Kommission für Entwicklungsplanung (Nachfolgerin der Staatlichen Planungskommission) Meinungen und Expertisen von zentralen und lokalen Verwaltungsbehörden, Forschungseinrichtungen, Universitäten und Unternehmen sowie nach eigenen Angaben auch von der Weltbank, der UNIDO (United Nations Industrial Development Organisation) und anderen internationalen Organisationen eingeholt; hochrangige Mitglieder der zentralen Führung waren außerdem in die Provinzen gereist, um einzelne Planziele mit den regionalen Vertretern abzustimmen bzw. auszuhandeln. Der nun verabschiedete Vorschlag für die weitere Ausformulierung des Zehnten Fünfjahresplanes wird in den kommenden Monaten vom Staatsrat unter der Federführung des Ministerpräsidenten Zhu Rongji ausgearbeitet und schließlich voraussichtlich im März 2001 in Form eines „Grundrisses“ dem dann tagenden Nationalen Volkskongress zur endgültigen Verabschiedung vorgelegt werden. Hier handelt es sich nur um eine formale Hürde, da der Fünfjahresplan bis dahin von potenziellen Widerstandsmomenten bereinigt sein sollte.⁴

Eine Innovation bei der Ausarbeitung des Plans stellt in diesem Jahr die Tatsache dar, dass Sonderausschüsse für die Ausarbeitung bestimmter Schwerpunktbereiche des Fünfjahresplans gebildet worden waren: So befasst sich ein Sonderausschuss mit Fragen der Landesverteidigung und militärischen Forschung und Entwicklung, ein zweiter mit Fragen der Entwicklung Westchinas und ein dritter mit Fragen des Umweltschutzes; die Ausschüsse sollen unter der Federführung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wu Bangguo, des Staatsratsmitglieds und Leiters des Allgemeinen Büros des Staatsrats Wang Zhongyu bzw. des Leiters der Staatlichen Kommission für Entwicklungsplanung Zeng Peiyan stehen.⁵

Zu den im Schlusskommunikee der Plenartagung verlautbarten Hauptzielen des Zehnten Fünfjahresplans gehören die Aufrechterhaltung einer verhältnismäßig raschen wirtschaftlichen Entwicklung, Fortschritte bei der strategischen Umstrukturierung der Wirtschaft und eine signifikante Verbesserung des Wirtschaftswachstums in Richtung auf qualitatives Wachstum und mehr Effizienz; dies seien wiederum die Grundlagen für das quantitative Planziel einer Verdoppelung des im Jahr 2000 erreichten Bruttosozialprodukts bis zum Jahr 2010.⁶ Rechnerisch setzt dies voraus, dass mindestens ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von knapp über sieben Prozentpunkten erreicht wird - offensichtlich ist die chinesische Führung zuversichtlich, eine solche Rate angesichts der zum Teil deutlich höheren Wachstumsraten der zurückliegenden Jahre ohne Weiteres auch im nächsten Jahrzehnt aufrecht halten zu können.

Um diese Ziele zu verwirklichen, haben nach offizieller Rhetorik „Entwicklung als das Hauptthema, wirtschaftliche Restrukturierung als der Hauptkurs, Reform, Öffnung nach Außen und wissenschaftlich-technologischer Fortschritt als die Hauptantriebskräfte sowie die Verbesserung des Lebensstandards als der grundlegende Ausgangspunkt“ zu gelten.⁷ Gemäß des am 18. Oktober vor-

gelegten „Vorschlags“ für den Zehnten Fünfjahresplan sind zur konkreten Umsetzung der genannten Ziele Maßnahmen in sechzehn verschiedenen Bereichen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vorgesehen, die hier ebenfalls in Anlehnung an die offizielle Rhetorik übersichtsweise aufgelistet seien:

1. Konsolidierung und Stärkung der Landwirtschaft als dem volkswirtschaftlichen Fundament;
2. Beschleunigung der industriellen Restrukturierung und Transformation;
3. Zügige Entwicklung des Dienstleistungssektors;
4. Beschleunigte Anwendung von Informationstechnologie in wirtschaftlichen und sozialen Belangen;
5. Intensivierter Ausbau wasserwirtschaftlicher, Verkehrs- und Energieinfrastruktur;
6. Breit angelegte Entwicklung Westchinas und Förderung einer koordinierten regionalen Entwicklung;
7. Aktive und stetige Unterstützung der Urbanisierung;
8. Förderung von Fortschritten und Innovationen auf wissenschaftlich-technologischem Gebiet;
9. Tatkräftige Entwicklung von Humanressourcen und beschleunigte Entwicklung des Bildungssektors;
10. Stärkung des Bevölkerungs- und Ressourcenmanagements; Betonung ökologischer Projekte und des Umweltschutzes;
11. Intensivierung der Wirtschaftsreformen und Vervollkommnung des Systems der sozialistischen Marktwirtschaft;
12. Weitere außenwirtschaftliche Öffnung und Entwicklung einer offenen Wirtschaft;
13. Aktive Ausweitung der Beschäftigung und Verbesserung des sozialen Sicherungssystems;
14. Verbesserung des Lebensstandards der städtischen und ländlichen Bevölkerung;
15. Verstärkter Aufbau einer sozialistischen geistigen Zivilisation;
16. Verstärkter Aufbau einer sozialistischen Demokratie und eines Rechtssystems.⁸

Dieses Spektrum geplanter politischer Strategien und Maßnahmen setzt zum Teil zentrale Zielsetzungen des Neunten Fünfjahresplanes (1995-1999) fort - die Verbesserung der landwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, die strukturelle Reform des staatlichen Unternehmenssektors, der Ausbau des sozialen Sicherungssystems, die Hebung des allgemeinen Lebensstandards und die Verminderung des regionalen sozioökonomischen Gefälles;⁹ zum anderen sind neue wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Herausforderungen enthalten, denen sich China in den kommenden Jahren stellen will bzw. muss. Dies betrifft vor allem den bevorstehenden Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation, der die heimische Wirtschaft unter verschärften Konkurrenzdruck stellen wird, sowie die seit Herbst letzten Jahres formulierte Strategie zur Entwicklung Zentral- und Westchinas. Damit entspricht der vorgelegte Vorschlag durchaus den Erwartungen und

⁴Vgl. Homepage der Staatlichen Kommission für Entwicklungsplanung: www.scdp.gov.cn/1/index.htm (besucht: 6.11.00).

⁵Ming Pao, 13.10.00, nach SWB, 14.10.00.

⁶XNA, 12.10.00.

⁷RMRB, 12.10.00.

⁸XNA, 18.10.00; vgl. auch die Ausführungen des Ministerpräsidenten Zhu Rongji zu einzelnen Bereichen: „Five-year Draft Plan Depicts Further Development“, in: www.chinadaily.net/highlights/plan/index.htm (besucht am 23.10.00).

⁹Vgl. C.a., 1995/9, Ü 10.

Spekulationen, die im Vorfeld der Plenartagung formuliert worden waren.¹⁰

Neue Formulierungen und Akzente: Bereitschaft für politische Reformen?

Als überraschende Innovationen wertete die Beijingfreundliche Hongkonger Presse hingegen einige Formulierungen und Akzentsetzungen im sozialen und politischen Bereich. So befand die im Allgemeinen sehr gut über Beijinger Parteinterne informierte Monatszeitschrift *Jingbao*, dass der Text des Kommunikees einige innovative Konzepte enthalte, welche signalisierten, dass die staatliche Führung sich den Herausforderungen einer beschleunigten Integration in den Weltmarkt im Zusammenhang mit dem WTO-Beitritt offensiv stellen wolle: Die außenwirtschaftliche Öffnung solle auf breiter Front vorangetrieben und die betroffenen Wirtschaftssektoren strategisch konsolidiert werden; insbesondere der aktiven Förderung der Informationstechnologie schreibe man eine zentrale Rolle in der weiteren Industriepolitik und der gesellschaftlichen Entwicklung zu.¹¹

Eine neuartige Formulierung stelle ferner die Aussage des Kommunikees dar: „Eine stetige Anhebung des materiellen und kulturellen Lebensstandards der städtischen und ländlichen Bevölkerung ist Ausgangspunkt und Endziel der wirtschaftlichen Entwicklung.“¹² Mit dieser Fokussierung wirtschaftspolitischen Handelns auf den Lebensstandard der Bevölkerung, der künftig den zentralen Maßstab für die Austarierung des Spannungsdreiecks zwischen Reform, Entwicklung und Stabilität bilden sollte, reagiere die staatliche Führung auf die mit wachsender Unzufriedenheit wahrgenommene Einkommensschere zwischen Reich und Arm. Die Formulierung zeige, dass man die zunehmende soziale Sprengkraft erkannt habe, die aus dem wachsenden sozioökonomischen Gefälle zwischen städtischen und ländlichen sowie zwischen Küsten- und Binnenregionen resultiere, und aktiv nach Mitteln und Wegen suche, um diese explosiven Diskrepanzen zu reduzieren. Als Maßnahmen vorgesehen sind hier insbesondere eine integrierte Beschäftigungspolitik, der zügige Ausbau des sozialen Sicherungssystems in Gestalt landesweit funktionsfähiger, betrieblich unabhängiger Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungen, eines tragfähigen Sozialhilfesystems und eines bezahlbaren Gesundheitswesens (auch unter Rückgriff auf soziale Basisorganisationen zur gegenseitigen Hilfe), Subventionen für arme Bevölkerungsgruppen, eine weitere Anhebung des allgemeinen Konsumniveaus, eine Erhöhung der durchschnittlichen Wohnfläche, der Qualität des Wohnraums und der Umwelt, ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Verbreitung privater Computer und Kraftfahrzeuge, ein Ausbau des Telefonnetzes und der allgemeinen Infrastruktur, ein erweitertes Angebot an kulturellen Betätigungsmöglichkeiten, die Verbesserung der Ar-

beitsicherheit, die Wahrung der sozialen Ordnung sowie die Gewährleistung eines Umfeldes, in der die Bevölkerung „in Frieden und Zufriedenheit leben und arbeiten“ könne.¹³ Tatsächlich übersteigt dieses Spektrum versprochener Wohlfahrtsleistungen die Vorgaben früherer Pläne deutlich.

Schließlich erkennt die Zeitschrift *Jingbao* in den formulierten Plänen zur Entwicklung des politischen Systems einige innovative Signale für eine gestiegene Bereitschaft der parteistaatlichen Führung, den seit langer Zeit und von vielen Seiten beanstandeten Rückstand im Bereich politischer Reformen zu beheben. Die verlautbarten Ziele der Entwicklung „sozialistischer Demokratie“ und des Ausbaus des Rechtssystems stehen zwar nach wie vor unter den Vorzeichen eines „demokratischen Zentralismus“, in der die Kommunistische Partei das Führungsmonopol beansprucht und keine demokratische Opposition neben sich zu dulden beabsichtigt, jedoch weisen einzelne Formulierungen dennoch in Richtung einer möglichen Verstärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Elemente. Insbesondere das genannte Ziel einer „Erweiterung der ordnungsgemäßen politischen Partizipation der Bürger“ (*kuoda gongmin youxu de zhengzhi canyu*) stelle ein „neues Zugeständnis“ der staatlichen Führung dar, Forderungen nach politischer Beteiligung der Bevölkerung schrittweise nachzukommen. Implizit messe sich dieses Zugeständnis an den offiziellen Verlautbarungen zur Reform des politischen Systems, wie sie zuletzt anlässlich des XIII. Parteitags im Oktober 1987 formuliert worden waren. Damals war die Rede von einer Verbesserung der „politischen Transparenz“ (*zhengzhi toumingdu*) und des Ausbaus eines „Systems des konsultativen politischen Dialogs“ (*zhengzhi xieshang duihua zhidu*) gewesen; im Vergleich mit diesen klar im „demokratischen Zentralismus“ verhafteten Konzepten weisen in der Deutung der Zeitschrift *Jingbao* die jüngsten Formulierungen ein viel versprechendes, wenn auch zaghaftes Bekenntnis zur schrittweisen Einführung echter demokratischer Elemente auf.¹⁴

Als konkrete Ziele im politischen Bereich benannt werden eine Stärkung der Volkskongresse in ihrer Rolle als legislative Organe und als Kontrollorgane gegenüber der Exekutive. Die Abgeordneten der Volkskongresse auf allen Ebenen sollten in engem Kontakt zur Bevölkerung gewährleisten, dass die politische Entscheidungsfindung „wissenschaftlicher und demokratischer“ würde. Zu fördern seien außerdem „demokratische Wahlen, eine demokratische Politikgestaltung, demokratisches Management [in Unternehmen] und demokratische Kontrolle“. Der Schutz der „legitimen Rechte, Interessen und Freiheiten“ der Bevölkerung sei ebenso zu gewährleisten wie die Respektierung und die Garantie der Menschenrechte. Der Aufbau politischer Basisorganisationen und selbstverwalteter Organisationen in städtischen und ländlichen Regionen solle verstärkt vorangetrieben und die politische Partizipation und selbstständige Verwaltung lokaler Angelegenheiten damit erweitert werden.¹⁵

Der Forderung nach einer „wissenschaftlicheren und

¹⁰Ebd.; vgl. offiziellen Text des „Vorschlags“; vollständige englische Übersetzung in: XNA, 18.10.00.

¹¹Ebd.; JB, 2000/11, S.24-27.

¹²RMRB, 12.10.00.

¹³XNA, 18.10.00.

¹⁰Vgl. C.a., 2000/9, Ü 30.

¹¹JB, 2000/11, S.24-27.

¹²RMRB, 12.10.00.

demokratischeren politischen Entscheidungsfindung“ soll bei der Ausarbeitung des Zehnten Fünfjahresplans selbst Rechnung getragen werden: So fand die Tatsache in chinesischen und internationalen Medien Beachtung, dass die Staatliche Kommission für Entwicklungsplanung zum ersten Mal die Bürger aufgefordert hat, Ratschläge und Meinungen zur konkreten Ausgestaltung des Plans einzubringen. Für diese Beteiligung der Bürger an der politischen Entscheidungsfindung wurden mehrere Foren geschaffen; es besteht die Möglichkeit, sich in Form von Leserbriefen in einschlägigen Rubriken der wichtigsten Tageszeitungen zu äußern, sich in Briefen direkt an den Staatsrat zu wenden oder Ratschläge auf der Homepage der Staatlichen Kommission für Entwicklungsplanung einzustellen.¹⁶

Die genannten Zielsetzungen im Bereich politischer Strukturreformen sind insofern zu hinterfragen, als an eine unmittelbare Umsetzung innerhalb kurzer Frist kaum zu denken ist - so dürfte es sich bei zahlreichen Formulierungen zunächst schlicht um ein rhetorisches Eingehen auf Erwartungen hinsichtlich einer „*Good Governance*“, einer Wahrung der Menschenrechte und einer Einführung demokratischer Elemente handeln, wie sie vom westlichen Ausland zunehmend an China herangetragen werden. Zugleich ist aber zu sehen, dass derartige offiziell verlautbarte Zugeständnisse, wenn sie vorerst auch sehr vordergründig erscheinen, potenzielle Einfallstore für gesellschaftliche Gruppen oder Individuen bilden können, die eine Einlösung der zugestandenen Ansprüche und Rechte einfordern. Die so entstehende Dynamik einer Einforderung subjektiver Rechte könnte im günstigen Fall zu einer graduellen maßvollen Demokratisierung des politischen Systems der VR China beitragen. Dies ist insbesondere dann abzusehen, wenn die staatliche Führung bereit ist, aus einer Position der Stärke heraus einzelne demokratische Elemente schrittweise „von oben nach unten“ einzuführen.¹⁷

In diesem Zusammenhang erscheint erwähnenswert, dass sich direkt im Anschluss an die Plenartagung eine hochrangige chinesische Delegation unter dem Leiter der Disziplinarkontrollkommission der Partei, Wei Jianxing, zu Gast bei der Parteizentrale der SPD in Berlin aufhielten. Bei dem Besuch, dessen Ziel ein verstärkter Austausch zwischen den Parteien war, sollen die Delegierten ein substanzielles Interesse am sozial-demokratischen Modell demonstriert haben; Beobachter schlossen, dass sich hinter diesem Interesse eine intensive Suche der parteistaatlichen Führung nach gangbaren Wegen für eine graduelle Reform des politischen Systems der VR China verberge.¹⁸

Die inoffizielle Agenda: Personelle Konflikte und ideologische Debatten

Neben der bisher dargestellten offiziellen Agenda wurden nach Darstellung der Beijing-kritischen Hongkonger Presse „hinter den Kulissen“ der Plenartagungen einige zum Teil äußerst kontroverse Debatten geführt. Wenn die Berichterstattung über diese inoffizielle Agenda auch im Rahmen der Kolportage bleibt und daher mit Vorsicht zu genießen ist, scheint sie doch wert, hier berücksichtigt zu werden. Denn sie erklärt nicht nur Lücken in der offiziellen Agenda, sondern gibt auch interessante Aufschlüsse über die politische Befindlichkeit und die Selbstwahrnehmung der parteistaatlichen Führung.

Ein zentraler Gegenstand kontroverser Diskussionen soll demnach die Frage der Nachfolge Jiang Zemin in den höchsten Ämtern von Partei, Regierung und Armee gewesen sein. Im Verlauf der vergangenen Monate hatte sich insbesondere der Konflikt zwischen dem gegenwärtigen stellvertretenden Staatspräsidenten Hu Jintao und dem Leiter der Organisationsabteilung des ZK der Partei Zeng Qinghong um die Nachfolge Jiangs im Amt des Generalsekretärs zugespitzt; während die Mehrheit der Führungselite angeblich für Hu Jintao optiert, schien Jiang Zemin in der jüngsten Zeit verstärkt darum bemüht, seinen Protegé Zeng Qinghong als Nachfolger in diesem Amt einzusetzen.¹⁹ Zahlreiche Kommentatoren hatten sich von der nun stattgefundenen Plenartagung eine Klärung und offizielle Entscheidung in diesem Konflikt erwartet, der aber ausblieb. Selbst die als sicher geltende Beförderung Zeng Qinghongs vom Kandidaten zum Vollmitglied des Politbüros, in dem durch den Tod Xie Feis im Oktober letzten Jahres eine Vakanz entstanden war, fand nicht statt. Kommentatoren sahen darin eines der „unerwartetsten politischen Ereignisse des Jahres“.²⁰

Nach Darstellung der Hongkonger Presse lag das Ausbleiben einer entsprechenden Entscheidung daran, dass Zeng Qinghong im Vorfeld der Plenartagung und während der Tagung selbst mit erheblichen Widerständen der Mehrheit der Parteiführung konfrontiert wurde. An seine Adresse sollen massive Vorwürfe des politischen Karrierismus, der Einmischung in fremde Zuständigkeitsbereiche, der Anmaßung von Entscheidungskompetenzen außerhalb seines Ressorts etc. gerichtet worden sein. Unter den sieben Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros soll neben Jiang Zemin einzig Li Lanqing für Zeng gestimmt haben; dagegen sollen sich die anderen fünf Mitglieder gegen Zeng Qinghong ausgesprochen haben (als Motive unterstellt wurden im Fall Hu Jintaos die direkte Konkurrenz zu Zeng; im Fall Li Pengs dessen Verärgerung über Jiang Zemin's strikte Haltung bei der Verhängung von Todesurteilen gegen hochrangige, der Korruption überführte Funktionäre; im Fall Zhu Rongjis Befürchtungen einer zu starken Machtkonzentration im Umkreis Jiang Zemin's, im Fall Li Ruihuans dessen Verärgerung gegen kürzlich bekannt gewordene Überlegungen Jiang Zemin's, dem künftigen Generalsekretär auch das Amt des Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses zu übertra-

¹⁶Vgl. Homepage der Staatlichen Kommission für Entwicklungsplanung: www.scdp.gov.cn/1/index.htm (besucht: 6.11.00); XNA, 24., 25.10.00; SCMP, 25.10.00.

¹⁷JB, 2000/11, S.32-34; FT, 12.10., 1.11.00.

¹⁸SCMP, 25.10.00; XNA, 13., 18.10.00.

¹⁹Vgl. C.a., 2000/2, Ü 12, 2000/5, Ü 11, 2000/9, Ü 14.

²⁰SCMP, 25.10.00.

gen; im Fall Wei Jianxings schließlich dessen Verärgerung über die Einmischung Zengs in seinen eigenen Zuständigkeitsbereich der Korruptionsbekämpfung).²¹

Angesichts dieses geballten Widerstands sei das Thema der „Vierten Führungsgeneration“ daher in ihrer Gesamtheit von der offiziellen Tagesordnung der Plenartagung gestrichen worden, um eine Eskalation des Konflikts zu vermeiden. Aus der Perspektive Jiang Zemins soll der Aufschub der personellen Entscheidung auch dem taktischen Ziel gedient haben, das drohende Risiko eines frühzeitigen Ausscheidens Zeng Qinghongs als sein potenzieller Nachfolger zu umgehen.²²

Ebenfalls unerfüllt blieben Erwartungen, wonach auf der Plenartagung die offizielle Kanonisierung von „Jiang-Zemin-Ideen“ bzw. einer „Jiang-Zemin-Theorie“ vollzogen werden sollte, die den politischen Status Jiang Zemins auf die Ebene Mao Zedongs und Deng Xiaopings als „ideologische Architekten“ des chinesischen Sozialismus heben würde.²³ Schon seit längerem ist bekannt, dass intensive Vorbereitungen zur Ausformulierung eines solchen theoretischen Korpus laufen. Das jüngste ideologische Produkt der „Drei Repräsentationen“ (Repräsentation der fortgeschrittenen Produktivkräfte, der fortgeschrittenen chinesischen Kultur und der fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung durch die KPCh), das zu Beginn dieses Jahres vorgestellt wurde,²⁴ scheint als ein Kernbestandteil des zukünftigen Kanons geplant gewesen zu sein. Tatsächlich wurde diesem Konzept in den offiziellen Verlautbarungen der Plenartagung der erwartete Status einer „Theorie“ verweigert. Auch sonst war von einer weiter gehenden Bedeutung der Ideen bzw. Theorien Jiang Zemins nicht die Rede. Wie die Beijing-kritische Presse in Hongkong erfahren haben will, wurden die Erfolge der politischen Führung Jiang Zemins innerhalb einzelner Diskussionsgruppen teilweise äußerst kritisch hinterfragt. Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes habe man sich nicht auf eine unumwunden positive Bewertung der ideologischen Errungenschaften Jangs einigen können.²⁵

Die Ereignisse in Belgrad und die Zukunft des politischen Systems der VR China

Ein wichtiges Diskussionsthema innerhalb der inoffiziellen Agenda der Plenartagung waren schließlich die Ereignisse in Belgrad, die sich wenige Tage zuvor ereignet hatten. Wie die gut informierte Monatszeitschrift *Jingbao* berichtet, beschäftigte der Machtwechsel in Jugoslawien die Tagungsteilnehmer insbesondere unter der Fragestellung, ob sich ähnliche Ereignisse, wie von internationalen Medien vorausgesagt, auch in der VR China ereignen könnten; Jiang Zemin selbst habe das Thema angesprochen, das anschließend ausführlich diskutiert worden sein soll. Im

Grundtenor sei man übereingekommen, dass ein „pessimistisches“ Szenario eines Machtwechsels in China nach Belgrader Muster, wie von internationalen Stimmen entworfen, nicht realistisch sei. Näher liege für China vielmehr das optimistische Szenario einer stabilen Fortsetzung der Herrschaft der Kommunistischen Partei. Die wiedergegebenen Argumente sind durchaus aufschlussreich und sollen daher hier abschließend zusammengefasst werden.

Als Gründe für den Machtverlust der Regierung unter Milosevic seien zum einen die verbreitete Korruption, Vetternwirtschaft und „Familien-Clan-Politik“ zu sehen, zum anderen aber vor allem die Tatsache, dass Milosevic es nicht geschafft habe, den Lebensstandard der Bevölkerung anzuheben; vielmehr sei dieser auf Grund einer falschen Wirtschafts- und Sozialpolitik in den vergangenen Jahren zusehends gesunken, sodass die Regierung das „Vertrauen der Massen verloren“ (*shi le minzhong de xinren*) habe. Erst durch diesen Vertrauens- bzw. Legitimationsverlust der Regierung im eigenen Land habe die militärische Aggression des Auslands (der Eingriff der NATO in den Kosovo-Krieg), ihre erodierende Wirkung auf die politische Situation in Serbien entfalten können.

In China seien die politischen Ausgangsbedingungen deshalb grundsätzlich andere als in Jugoslawien, weil das zentrale Kriterium einer stabilen Herrschaft, nämlich ein steigender Lebensstandard der Bevölkerung, durch die von der Kommunistischen Partei eingeleitete Wirtschaftsreformpolitik nachhaltig gewährleistet sei; die vorzeitige Erfüllung der ursprünglichen Pläne, das Bruttosozialprodukt des Jahres 1980 bis zum Jahr 2000 zu vervierfachen, gebe hier Anlass zu optimistischen Prognosen auch für die weitere Entwicklung des gesellschaftlichen Wohlstands in China.²⁶ Sicherlich gingen mit diesem raschen Anstieg des Lebensstandards auch einige negative Begleiterscheinungen wie Korruption und andere Erscheinungen moralischer Dekadenz einher, doch sei diesen durch eine Stärkung der Demokratie und des Rechtssystems Einhalt zu gebieten. Auch in Zukunft werde es allerdings für die Wahrung der politischen und sozialen Stabilität darauf ankommen, das Wohlstandsniveau stetig anzuheben. Solange diese Voraussetzung gewährleistet sei, sei nicht anzunehmen, dass die chinesische Bevölkerung - wie zuletzt das serbische Volk - zu radikalen Schritten greifen könnte, um ein vertrautes und funktionsfähiges politisches System gegen ein unvertrautes und unkontrollierbares System einzutauschen, dessen Unwägbarkeiten am Beispiel der ehemaligen Sowjetunion so deutlich geworden seien. Breite Forderungen der Gesellschaft nach einem Wechsel des politischen Systems seien umso unwahrscheinlicher, als der chinesischen Bevölkerung - gerade auch dank des Internets - in zunehmendem Maße Informationsmöglichkeiten über das Ausland zur Verfügung stünden. Die Gesellschaft hätte damit die Widersinnigkeit von Vorschlägen einer „totalen Verwestlichung“ und eines grundlegenden politischen Systemwechsels in China selbst vor Augen und würde umso überzeugter von derartigen Vorstellungen Abstand nehmen.²⁷

²¹ Vgl. C.a., 2000/3, Ü 16, 2000/7, Ü 10, 2000/9, Ü 14.

²² Ebd.; SCMP, 12.10.00; ZM, 2000/11, S.8-9; 11-12; *Dongxiang*, 2000/10, S.6-7.

²³ SCMP, 30.9.00.

²⁴ Vgl. C.a., 2000/4, Ü 14.

²⁵ ZM, 2000/11, S.11-13; *Dongxiang*, 2000/10, S.8-10.

²⁶ Vgl. dazu etwa die Darstellung der bisherigen Erfolge in RMRB, 28.9.00.

²⁷ JB, 2000/11, S.28-29.

Insbesondere das letzte Argument scheint bemerkenswert, weil es die von vielen westlichen Beobachtern (nicht zuletzt vom amerikanischen Präsidenten Clinton) propagierte These einer „Internet-Revolution“ in China, also einer signifikanten Stärkung liberaler, demokratischer politischer Kräfte im Gefolge einer durch das Medium des Internet ausgelösten gesellschaftlichen Pluralisierung, schlicht umdreht: Das Internet, so die verkürzte These hier, stärke gewissermaßen die Loyalität der Bevölkerung gegenüber der parteistaatlichen Führung. Angesichts der erst jüngst erneut verstärkten Mechanismen zur Kontrolle und inhaltlichen Zensur des Internet, die das subversive Potenzial dieses Mediums in China erheblich beschränken könnte,²⁸ erscheint eine solche These nicht vollkommen wirklichkeitsfern. Der auf der Plenartagung verbreitete Optimismus hinsichtlich der Stabilität des politischen Systems muss daher nicht als reiner Zweckoptimismus abgetan werden.

Durchaus realistisch erscheint zudem der Verlass der Führung auf die stabilisierende Wirkung eines stetigen Anstiegs des gesellschaftlichen Wohlstandsniveaus, wie er in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten verzeichnet werden konnte. Es bleibt abzuwarten, ob die offiziell vorgesehenen Maßnahmen und Reformpläne des Zehnten Fünfjahresplanes zur weiteren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geeignet sind, auch zukünftig die gesellschaftliche Wohlfahrt zu sichern und den politischen Herausforderungen standzuhalten, mit denen China sich im neuen Jahrhundert durch die sozialen Sprengkräfte im Innern und die beschleunigte wirtschaftliche Öffnung nach Außen zunehmend konfrontiert sieht.

²⁸Vgl. dazu den Beitrag Giese, Karsten, „Das gesetzliche Korsett für das Internet ist eng geschnürt“ in diesem Heft.